

**Entwicklungsländer im Abseits?
Erwartungen deutscher Nichtregierungsorganisationen
an die IWF/Weltbank-Jahrestagung in Dubai (23.-24.09.03)**

Bundespressekonferenz Bonn, 18. September 2003

Stellungnahme von Jörg Seifert-Granzin
Sprecher der VENRO-AG Internationale Finanzinstitutionen
(*Es gilt das gesprochene Wort!*)

Die Nachhaltigkeit der Entwicklungsfinanzierung sichern

(Bonn, 18. September 2003) Die sog. Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen wird die Weltgemeinschaft nur noch mit Hilfe zusätzlicher gemeinsamer Anstrengungen erreichen können. Eine neue faire Welthandelsordnung ist dafür ebenso Voraussetzung, wie die Lösung der Schuldenkrise, die Überwindung der Governance-Probleme in und durch Entwicklungsländer, den Aufbau einer Finanzarchitektur, die diesen Namen auch verdient, aber auch der Ausbau der Entwicklungsfinanzierung.

Das Jahr 2003 droht der Tiefpunkt der Anstrengungen zu werden, Globalisierung so zu gestalten, dass die Länder des Südens eine Chance auf wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung haben. Die Frühjahrstagung von IWF und Weltbank brachte das Aus für die Bemühungen, einen Entschuldungsmechanismus zu etablieren, der die hochverschuldeten Länder mittleren Einkommens, beispielsweise Indonesien und Ecuador, zu fairen Bedingungen entschuldet und die Lasten zwischen privaten und öffentlichen Gläubigern verteilt. Die zaghafte Diskussion innovativer Finanzierungs- und Allokationsinstrumente wie der Devisentransaktionssteuer, oder der Nutzungsentgelte für globale öffentliche Güter ist ins Abseits geraten. Cancún markiert das vorläufige Scheitern einer Welthandelsrunde, die mit dem Vorzeichen begonnen wurde, eine Entwicklungsrunde zu werden. Im Vorfeld der Jahrestagung von IWF und Weltbank droht nun das Aus für den letzten Versuch, die Entwicklungsfinanzierung auf ein neues Fundament zu stellen.

Der Bericht über menschliche Entwicklung 2003 gelangt zu der Einschätzung, dass die Halbierung der Armut bis 2015 nur noch erreicht werden kann, wenn die armen Länder weitreichende Reformen einleiten und die reichen Länder verbesserte Handelsbedingungen einräumen und die zugleich ihre Entwicklungshilfe von derzeit 50 Mrd. auf 100 Mrd. US-\$ pro Jahr verdoppeln. Vor diesem Hintergrund hat der britische Finanzminister Gordon Brown Ende vergangenen Jahres einen Mechanismus

vorgeschlagen, der diese Finanzierungslücke schließen soll. Mit der sog. International Finance Facility (IFF) könnten die öffentlichen Geber auf den internationalen Kapitalmärkten Anleihen emittieren und so den Ländern bis 2015 höhere Finanzierungsbeiträge zur Verfügung stellen. Diese Anleihen würden durch die langfristige verbindliche ODA-Leistungen abgesichert; die Kredite nach 2015 durch die Teile der ODA-Leistungen getilgt. Praktisch würden die Geber gegenüber der IFF langfristige, verbindliche Finanzierungszusagen abgeben, die die IFF ihrerseits zur Absicherung der Anleihen nutzen würde. Die IFF könnte so in der Periode bis 2015 einen höheren, im Idealfall einen doppelt so hohen Finanzierungsbeitrag in die armen Länder kanalisieren, als er durch direkte ODA-Flüsse möglich wäre. Dahinter steht entwicklungspolitische Logik, dass langfristig ausgerichtete, verlässliche Finanzierungsbeiträge die ärmsten Länder in den Stand versetzen, in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung zu investieren, die ihrerseits der Schlüssel zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele sind.

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) begrüßt im Grundsatz den Vorschlag, die International Finance Facility einzurichten. Für die IFF spricht, dass es sich bei ihr um einem marktkonformen Mechanismus handelt, der über den Hebel der Kapitalmarktanleihen eine substanzielle, verlässliche Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung bis 2015 ermöglichen würde. Zudem dürfte er die Geber zu einer größeren Kohärenz in der Entwicklungszusammenarbeit drängen. Für den Vorschlag spricht außerdem, dass er – anders als die Devisentransaktionssteuer – auch mit einer kleineren Zahl von Gebern realisiert werden könnte. VENRO sieht allerdings weiteren Diskussionsbedarf, u.a. was die Höhe der ODA-Leistungen nach 2015 und die Konditionalitäten bei der Vergabe von Mitteln durch die IFF betrifft.

In den vergangenen Monaten hat VENRO Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundesfinanzministeriums, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des britischen Finanzministeriums und nicht zuletzt mit Kolleginnen und Kollegen britischer Nichtregierungsorganisationen geführt. VENRO befürchtet, dass diesem prüfenswerten Vorschlag auf der bevorstehenden Jahrestagung von IWF und Weltbank das Aus droht. Auf Empfehlung der G7-Finanzminister hat sich der G8-Gipfel in Evian mit der IFF befasst. Die Staats- und Regierungschefs haben ihre Bereitschaft zur Unterstützung der Millennium-Entwicklungsziele bekräftigt und sich für eine eingehende Prüfung des Vorschlags ausgesprochen. Die Ergebnisse dieser Prüfung wird den G7-Finanzministern vor der Jahrestagung vorgestellt. Es zeichnet sich ab, dass unter den Ländern der EU nur die britische und französische Regierung den Vorschlag befürworten. Die zuständigen deutschen Bundesministerien haben Vorbehalte geäußert, die sich vor allem auf die langfristige haushaltsrechtliche Bindung des Bundestags richten.

VENRO fordert die Bundesregierung auf, sich innerhalb der G7 und auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank dafür einzusetzen, dass die International Finance Facility umgesetzt wird. Wir erinnern die Bundesregierung an ihr selbst gestecktes Ziel, den Anteil der Entwicklungspolitik am Bruttonationaleinkommen (BNP) von derzeit 2,7 % auf 0,33 % im Jahr 2006 zu erhöhen und zur Verwirklichung der

Millennium-Entwicklungsziele beizutragen. Wir erwarten von der deutschen Bundesregierung eine konstruktive Rolle bei der Diskussion der IFF, die sich nicht in haushaltrechtlichen Bedenken und taktischen Überlegungen erschöpft. Die Bundesregierung kann sich auch nicht hinter den Einwand zurückziehen, die USA werde die IFF aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken nicht unterstützen. Anders als die Devisentransaktionssteuer oder Verfahrensvorschläge zur Schuldenrestrukturierung unter dem Dach des IWF kann die IFF selbst dann eingeführt werden, wenn sich nur ein Teil der Geberländer beteiligt.

VENRO ist der Auffassung, dass derzeit kein anderer Vorschlag zur Reform der Entwicklungsfinanzierung realisierbar und erfolgversprechender als die IFF ist. Es wäre fatal, wenn sich das letzte Fenster für eine Reform der Entwicklungsfinanzierung bei der Jahrestagung von IWF und Weltbank schließen würde. Die Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung ist eine notwendige, aber keinesfalls hinreichende Bedingung. Die IFF könnte dazu einen Beitrag leisten, dem weitere Schritte im Bereich Handel, Entschuldung und Finanzarchitektur folgen müssen.